

SPD-Basis und die Flüchtlinge

Inge Howe nimmt Anregungen mit

Von Stefan Koch

Minden (mt). Sie werde sich kümmern und alles mit nach Düsseldorf nehmen, versprach Inge Howe, Landtagsabgeordnete der SPD am Donnerstag im Veranstaltungsort E-Werk an der Hermannstraße. „Vom Flüchtling zum Nachbarn – unser Integrationsplan für NRW“, hieß der Titel der Veranstaltung, in der die Landespolitikerin der Basis ihr Ohr für Bedenken und Anregungen öffnete. Gekommen waren rund 30 Personen – viele davon hatten mit Flüchtlingshilfe und Migration Erfahrungen gemacht.

Nach der umfangreichen Darstellung der SPD-Flüchtlingspolitik durch Howe und

den Juso-Regionalvorsitzenden Micha Heitkamp wurde die Bedeutung des Einsatzes Ehrenamtlicher deutlich. Wie Elke Entgelmeier, Leiterin des Übergangwohnheims in Lübbecke, sowie Pastor Thomas Lunkenheimer, Vorstandsmitglied der Diakonie Stiftung Salem, deutlich machten, hätten in den vergangenen Monaten ohne das private Engagement die vielen Aufgaben in der Flüchtlingshilfe nicht bewältigt werden können.

„Wir wissen bis heute nicht, welcher Ehrenamtliche in welchen Einrichtungen der Flüchtlingshilfe wie viel leistet“, lautete ein Einwand eines Teilnehmers der Veranstaltung. In jeder anderen Organisation wie DRK, Johanniter oder der Feuerwehr werde die Leistung der Freiwilligen dokumentiert – nur in der Flüchtlingshilfe nicht.

Ein anderer Teilnehmer wies auf den Einfluss von Flüchtlingen auf den Arbeits-

markt hin. Es müsse unbedingt darauf geachtet werden, dass die neuen Migranten nach dem Mindestlohngesetz bezahlt werden, damit keine Konkurrenz zu ungelerten Arbeitern entstehe. Außerdem gebe es die Gefahr von Ausnahmeregelungen für minderjährige Praktikanten. „Viele Flüchtlinge sind noch nicht 18 Jahre alt und damit ein gefundenes Fressen für unlautere Arbeitgeber.“

Howe: Beim Mindestlohn seien auf Betreiben der SPD die Flüchtlinge bereits eingeschlossen. Missbrauch von

Die Leistung der Ehrenamtlichen wurde noch nie ermittelt

Niedriglöhnen für eigentliche schulpflichtige Praktikanten müsse auf privatem Weg zur Anzeige gebracht werden.

Dass die sogenannten „Integration Points“ – also die Anlaufstellen der Jobcenter zur Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt – oft nicht funktionieren, wurde in weiteren Beiträgen deutlich. Friedrich Schmidt von den Flüchtlingspartnern Minden berichtete über bürokratische Hemmnisse bei Betriebspraktika. Eine Deutschlehrerin hatte die Erfahrung gemacht, dass trotz freier Stellen vielen der Weg in die Betriebe versperrt ist. Athanasios Vlachos appellierte, die Waffenexporte in Krisenregionen einzustellen, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Und Bernd Müller wies auf die Verbindlichkeit der gesellschaftlichen Werte für alle Zuwanderer hin. Die Politik müsse Sorge tragen, dass dem entsprochen werde.



Die Landtagsabgeordnete Inge Howe stellte das flüchtlingspolitische Bekenntnis ihrer Partei vor. Weitere Anregungen kamen aus dem Publikum. MT-Foto: Stefan Koch